

Kaum ein Begriff findet sich in politischen Reden häufiger als der Begriff Verantwortung. Aber kaum ein Begriff wird auch so häufig oberflächlich verwendet oder gar missbraucht wie dieser. Denn Verantwortung heißt nicht nur, Verpflichtungen zu übernehmen und dafür im Gegenzug mehr oder weniger große Befugnisse zu erhalten, sondern sie impliziert auch die Bereitschaft, für das eigene Handeln gerade zu stehen und gegebenenfalls dafür Rechenschaft abzulegen. Wie wenig diese Bereitschaft heutzutage in der Politik noch vorhanden ist, hat sich einmal mehr in der Affäre um Frau Höfken gezeigt, die sich jetzt sogar zu einer Affäre der gesamten Landesregierung auszuweiten scheint. Wenn es erst eines massiven öffentlichen und politischen Drucks bedarf, damit eine Ministerin widerwillig und halbherzig Konsequenzen aus hundertfachen Rechtsbrüchen in ihrem Zuständigkeitsbereich zieht, dann kann von Verantwortungsbewusstsein nicht mehr die Rede sein. Und es ist kein Zufall, dass immer mehr Bürger glauben, aus Ministern, die im ursprünglichen Wortsinne ja Diener dieses Staates sind, seien längst Selbstbediener geworden, die eher für sich und ihre Partei sorgen als für das Wohl der Menschen, deren Geschicke ihnen anvertraut sind.

Aber Verantwortung übernehmen bedeutet noch mehr. Es heißt Antwort zu geben, auf die Fragen und Probleme, die sich in der jeweiligen Situation stellen. Dabei gilt es, nicht nur die aktuelle Lage in den Blick zu nehmen, sondern bei allen Entscheidungen auch an die langfristigen Folgen zu denken. Denn alles, was wir heute tun, hat Auswirkungen auf künftige Generationen. Nur wenn wir vorausschauend und klug handeln, werden wir unserer Verantwortung gerecht.

In diesem Sinne, meine Damen und Herren, ist der von der Landesregierung vorgelegte Haushalt kein Ausdruck verantwortungsbewusster Politik. Er gibt die falschen Antworten auf die Fragen unserer Zeit. Er verschiebt vorhandene Probleme in die Zukunft, anstatt sie jetzt zu lösen, und er schafft neue Probleme, unter denen noch unsere Kinder und Enkel leiden werden. Warum das so ist, werde ich im Folgenden erläutern und ich werde auch unsere Alternativen beschreiben, die wir in unserer Verantwortung als Bürger dieses Landes dieser Politik entgegensetzen.

Meine Damen und Herren, das Finanzierungsdefizit für den vorliegenden Haushalt beläuft sich auf über 1,2 Milliarden Euro. Da durch die Einsetzung eines Sondervermögens viele Ausgaben für das Jahr 2021 bereits im Jahr 2020 verbucht worden sind, betrug die Verschuldung hier weitere 3,5 Milliarden.

Innerhalb von nur zwei Jahren leistet sich das Land also eine Neuverschuldung von etwa 4,7 Milliarden Euro. Pro-Kopf bedeutet dies einen Betrag von 1.150 €, den wir jedem rheinland-pfälzischen Bürger vom Säugling bis zum Greis, zusätzlich auf die Schultern laden.

Trotz Corona wäre dies vermeidbar gewesen. Denn gerade in schwierigen Zeiten muss man alle Ausgaben auf den Prüfstand stellen und auf das Notwendigste reduzieren. Dies ist jedoch nicht passiert. Und hätte die Landesregierung auf die üppigen Haushaltsrücklagen zurückgegriffen, die ja gerade für solche Zeiten beiseitegelegt worden sind, dann hätte man die Neuverschuldung erheblich begrenzen und damit die Schuldenlasten für unsere Bürger verringern können. Warum sie das nicht getan haben, meine Damen und Herren von der Regierung, bleibt ihr Geheimnis. Sie dürfen sich daher nicht wundern, wenn man Ihnen unterstellt, dass Ihnen ein dickes Polster für zukünftige Wahlgeschenke wichtiger ist als die Interessen der Rheinlandpfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer. Dies gilt umso mehr, als sowohl das Fortbestehen einer Rücklage bei gleichzeitiger Neuverschuldung als auch die Bildung eines Sondervermögens erheblichen rechtlichen Bedenken begegnet. Ob und inwieweit hier verfassungsrechtliche Normen verletzt worden sind, werden wir als AfD-Fraktion durch eine Klage vor dem Landesverfassungsgerichtshof prüfen lassen. Auch in Coronazeiten steht eine Regierung nicht über geltendem Recht.

Meine Damen und Herren, die AfD-Fraktion hat insgesamt 236 Anträge zum Haushalt 2021 eingereicht, die zu Mehrausgaben in Höhe von knapp 200 Millionen Euro und Einsparungen in etwa gleicher Höhe führen. Somit sind alle unsere Mehrausgaben mit echten Einsparvorschlägen gedeckt – die meisten davon bei ideologisch motivierten Aufwendungen oder bei Ausgaben, die offensichtlich einer Klientelpolitik geschuldet sind. Unser Haushaltsvorschlag ist damit ehrlich und unterscheidet sich so vom Vorschlag der CDU. Die von der CDU-Fraktion geforderten Zusatzausgaben in Höhe von 340 Millionen Euro sind nämlich nicht annähernd gegenfinanziert. Personalausgaben von 150 Millionen zur Absicherung der zu erwartenden Tarifsteigerungen einfach mal so zu streichen ist ebenso wenig seriös wie die Annahme von 175 Millionen Steuermehreinnahmen in Coronazeiten. Auf diese Weise lassen sich zwar auf dem Papier und mit einem Federstrich Gelder für Zusatzausgaben generieren, aber einen soliden Haushalt ergibt das nicht. Über 90% zusätzliche Ausgaben ohne ausreichende Gegenfinanzierung, das ist nichts anderes als eine riesige Luftnummer. Und damit lösen sich auch die vielen Vorschläge, die Herr Baldauf

eben hier vorgetragen hat, unversehens in Luft auf. Jedenfalls keine guten Argumente, der CDU im kommenden Jahr die Politik dieses Landes anzuvertrauen.

Meine Damen und Herren, seit langem werden die Kommunen in unserem Land stiefmütterlich behandelt. Nicht nur wir haben in der Vergangenheit auf die Probleme der kommunalen Unterfinanzierung und Verschuldung hingewiesen. Auch renommierte Finanzwissenschaftler, der Landesrechnungshof und eigentlich alle, die nicht durch die rosarote Brille der Landesregierung auf die finanzielle Situation unserer Kommunen schauen, kommen letztlich zum gleichen Urteil. Und es ist ein bedauerliches Armutszeugnis, dass die kreisfreien Städte und Landkreise, die bundesweit die höchste Pro-Kopf-Verschuldung aufweisen, nach wie vor zu einem großen Teil aus Rheinland-Pfalz stammen.

Jetzt hat die Corona-Krise die seit langem desolante Finanzlage der Kommunen nochmals verschärft. Doch die Landesregierung schaut weiter zu. Während andere Bundesländer Programme entwickelt haben, um die Verschuldung ihrer Kommunen in den Griff zu bekommen und sie gleichzeitig für die Zukunft strukturell besser aufzustellen, geschieht in Rheinland-Pfalz nichts. Man verweist auf den Bund, schimpft auf den Koalitionspartner in Berlin und wäscht seine Hände ansonsten in Unschuld. Sollen die Städte, Kreise und Gemeinden doch schauen, wie sie mit der chronischen Unterfinanzierung und ihren Schuldenbergen klarkommen. Hauptsache, der Landeshaushalt steht. Zusammenhalt? Fehlanzeige!

Fakt ist: auch dieser Haushaltsentwurf geht die Finanzprobleme der Kommunen nicht an. Deswegen haben wir erneut beantragt, den Verbundsatz 1 aus dem Landesfinanzausgleichsgesetz auf 22% zu erhöhen. Dies hätte Mehrleistungen des Landes in Höhe von 123 Millionen Euro zur Folge, die als Schlüsselzuweisungen und zur Deckung der Kosten des Ausbaus von Gemeindestraßen zur Verfügung stehen würden.

Denn gerade im Bereich der Verkehrsinfrastruktur ist eine zusätzliche Unterstützung der Kommunen bitter nötig. Der Landesrechnungshof hat festgestellt, dass es in diesem Bereich einen Sanierungstau von 1,1 Milliarden Euro gibt.

Aber schlechte Straßen sind nicht nur ärgerlich. Die gemessen am Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer deutlich geringere Investitionstätigkeit unserer Kommunen bedroht deren Zukunftsfähigkeit. Betroffen sind dabei auch

andere wichtige Infrastruktureinrichtungen. Kleine Grundschulen etwa sind von Schließungen bedroht, wenn die Gemeinden anfallende Sanierungskosten nicht tragen können. Hier muss gewährleistet sein, dass das Land die Kosten übernimmt. Dafür wollen wir im Einzelplan 09 die Investitionszuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände um 3,3 Millionen Euro erhöhen.

Eines ist klar: Aus eigener Kraft werden es die Kommunen nicht schaffen, sich aus dem Schuldensumpf zu ziehen. Und solange Bund und Land unter Missachtung des Konnexitätsprinzips immer mehr Aufgaben ohne ausreichende Finanzierung an sie übertragen, werden sich die Schulden weiter erhöhen. Damit aber werden die kommunale Selbstverwaltung und letzten Endes auch unsere föderale Ordnung ausgehöhlt. Es wird deshalb höchste Zeit, dass wir mehr für unsere Kommunen tun. Die AfD-Fraktion steht dafür bereit.

Meine Damen und Herren, die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen von SARS-CoV-2 lassen sich derzeit nur schwer abschätzen. Dies gilt insbesondere für die verschiedenen Maßnahmen, die zur Eindämmung dieses Virus ergriffen worden sind - darunter Einschränkungen bis hin zur fast vollständigen Stilllegung ganzer Branchen, wie des Einzelhandels oder des Hotel- und Gastronomiegewerbes. Sicher jedoch ist: diese Einschränkungen werden zu Insolvenzen führen, zu Betriebsschließungen und zum Verlust von Arbeitsplätzen. Die Zahl der arbeitslosen Menschen wird daher steigen. Und die Chancen von Menschen, die bereits jetzt ohne Arbeit oder sogar auf Leistungen der Grundsicherung angewiesen sind, werden sich weiter verschlechtern. Hier kommen sehr große Herausforderungen auf uns alle zu. Es ist daher erfreulich, dass die Ausgaben für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen erhöht werden sollen. Allerdings geschieht dies in einer Größenordnung, wie sie schon vor Corona angemessen gewesen wäre. Angesichts des zuvor Gesagten bedarf es aus unserer Sicht an dieser Stelle jedoch größerer Anstrengungen und damit zusätzlicher Mittel, um die anstehenden Probleme bewältigen zu können.

Grundsätzlich zu begrüßen ist auch die Aufstockung der Mittel im Bereich der Krankenhausinvestitionsförderung, obwohl ein Großteil dieser Gelder auf den Krankenhausstrukturfonds entfällt und damit in beträchtlichem Maße Bundesmittel fließen. Das Land selbst kommt aus unserer Sicht seinen Verpflichtungen noch immer nicht in ausreichendem Umfang nach. Auch darüber hinaus reichen die im Haushalt vorgesehenen Maßnahmen nicht aus, um eine qualitativ hochwertige, wohnortnahe, bedarfsgerechte und

flächendeckende ambulante ärztliche Versorgung, gerade in den ländlichen Regionen, sicherzustellen.

Die veranschlagten Mittel fließen zudem in Projekte aus dem Masterplan zur Stärkung der ambulanten ärztlichen Versorgung, der letztendlich keine signifikanten Erfolge verzeichnen konnte und damit gescheitert ist, oder sie werden in Maßnahmen investiert, die erst in einigen Jahren überhaupt wirksam sein können.

Uns läuft die Zeit davon. Aber wir haben keine Zeit mehr und deshalb besteht hier dringender Handlungsbedarf. Wir fordern daher in einem Entschließungsantrag, auch bereits im Studium befindliche angehende Mediziner mit der Vergabe von Stipendien zu fördern, sofern diese sich dazu verpflichten, nach erfolgreichem Abschluss eine Tätigkeit in einer von Unterversorgung betroffenen oder bedrohten Region aufzunehmen.

Auch in der Pflege müssen wir mehr tun. Noch immer werden Pflegebedürftige, die ihre Pflege zu Hause selbst sicherstellen, nicht ausreichend gefördert. Dabei erfährt gerade diese Form der Pflege ein hohes Maß an Akzeptanz und ist vor dem Hintergrund der begrenzten Leistungsfähigkeit der Pflegeversicherung und des Mangels an Pflegekräften unverzichtbar.

Wo wären wir hier ohne das Engagement von Familie, Freunden und Nachbarn, gerade angesichts der Erfahrungen der vergangenen Monate? Deshalb bedarf dieses Engagement endlich einer angemessenen Wertschätzung und Unterstützung, auch von Seiten des Landes, und genau das wollen wir mit dem von uns vorgeschlagenen Landespflegezuschnitt sicherstellen.

Meine Damen und Herren, zu einer verantwortungsvollen Politik gehört es auch, für die Sicherheit der Bürger zu sorgen. Unsere Polizeibeamten und Ordnungsdienste leisten hier einen vorbildlichen Dienst. Allerdings ist der bisherige Personalplanungsansatz für die rheinland-pfälzische Polizei nicht ausreichend. Die Vollzeitäquivalente bewegen sich aktuell und jährlich leicht schwankend zwischen 9.100 und 9.300 Dienststellen. Damit kann sich unsere Polizei gerade noch so über Wasser halten. Zielsetzung muss aber sein, in den nächsten Jahren die Zahl von 10.000 Vollzeitstellen zu überschreiten. Nur so wird es möglich sein, angesichts der wachsenden Herausforderungen die Sicherheit in unserem Land effektiv aufrecht zu erhalten und gleichzeitig ein gesundes Arbeiten sowie einen sukzessiven Abbau der aufgelaufenen Überstunden zu ermöglichen.

Darüber hinaus bedarf es geeigneter Maßnahmen, um den Beruf des Polizei- und Berufsfeuerwehrbeamten attraktiver zu gestalten und so die dringend notwendige Nachwuchsgewinnung zu gewährleisten. Ich nenne hier beispielsweise die Einführung der optionalen Freien Heilfürsorge oder die Ruhegehaltsfähigkeit der Erschwerniszulagen für diese Gruppen. Die dadurch entstehenden Mehrkosten für das Land Rheinland-Pfalz wären überschaubar und aus unserer Sicht im Rahmen der gebotenen Fürsorgeverpflichtung angemessen. Dass sich die Landesregierung solchen Maßnahmen verweigert, obwohl die freie Heilfürsorge sogar im Koalitionsvertrag enthalten ist, zeigt einmal mehr, dass wir als AfD-Fraktion näher an den Problemen unserer Sicherheitsbehörden stehen als die, in deren Fürsorgepflicht es läge, diese Probleme anzugehen und sie zu lösen. Immerhin hat sich die CDU inzwischen unseren Forderungen angeschlossen, nachdem sie diese noch vor kurzem als „sinnfrei“ abgelehnt hat.

Vor allem aber bedarf es einer breiten politischen und gesellschaftlichen Rückendeckung für Polizei und Sicherheitskräfte. Im Zusammenhang mit den schrecklichen Ereignissen in Trier hat es die erfreulicherweise von allen Seiten gegeben. Aber ansonsten ist das leider nicht immer so. Wie wollen wir denn junge Menschen für den Beruf des Polizeibeamten gewinnen, wenn die SPD-Bundesvorsitzende der Polizei pauschal einen latenten Rassismus unterstellt? Und wenn die Grüne Jugend von Gewaltexzessen der rheinland-pfälzischen Polizei und im Hinblick auf angeblich unkontrollierte Sicherheitsbehörden sogar von einer Gefahr für die Demokratie spricht? So etwas ist vollkommen verantwortungslos und ich frage Sie, Herr Baldauf, wie Sie sich die Zusammenarbeit mit einem grünen Koalitionspartner vorstellen, der ausgerechnet diejenigen, die im Dienst für uns alle tagtäglich ihren Kopf hinhalten, in einer solch unerträglichen Art und Weise diffamiert? Wir als AfD stehen dagegen ohne Wenn und Aber hinter unserer Polizei und unseren Sicherheitskräften und ich bin mir sicher, dass dies auch bei der kommenden Landtagswahl den entsprechenden Niederschlag finden wird.

Meine Damen und Herren, gute Bildung ist eine entscheidende Voraussetzung für die erfolgreiche Zukunft unseres Landes. Deshalb erfüllt es uns mit großer Sorge, wenn wir auf die rheinland-pfälzische Bildungslandschaft schauen. 30 Jahre SPD-geführte Landesregierungen haben zu einem schleichenden und in der Summe dramatischen Niveauverlust geführt, dessen Auswirkungen jetzt immer mehr sichtbar werden. Schon bei den Kleinen beginnen die Probleme.

Anstatt das Erlernen von Rechnen, Lesen und Schreiben in den Vordergrund zu stellen, überfrachtet die Landesregierung bereits die Grundschulen mit Demokratieerziehung und Digitalisierung. Einschlägige Studien wie der IQB-Bildungstrend und alarmierende Rückmeldungen der Lehrer zeigen wachsende Lerndefizite auf.

Auch im weiterführenden Schulsystem liegt vieles im Argen. Die bewusst vorangetriebene Vielfalt in den Klassenräumen wird längst von erheblichen Einbußen in der Unterrichtsqualität begleitet. Inklusion ohne Augenmaß und unkontrollierte Masseneinwanderung sind hier treibende Faktoren. Angesichts dessen genügt es nicht, nach immer mehr Lehrern und Sozialarbeitern zu rufen und damit die finanziellen Belastungen permanent zu erhöhen. Wir brauchen auch eine echte Bildungswende, eine Strukturreform, die wieder mehr individuelle Förderung und mehr Leistung möglich macht.

Mit der Abschaffung der Hauptschule haben sich die mit dieser Schulform verbundenen Probleme auf die Realschule verlagert. Dadurch wurde das Erfolgsmodell Realschule, das über Jahrzehnte hinweg zuverlässiger Zubringer für viele Bereiche unserer Wirtschaft war, beseitigt. Die Antwort auf die jüngste Anfrage der CDU-Fraktion zur Realschule plus zeigt das Scheitern dieser Schulart sehr deutlich auf. Dass die CDU ihre eigene Anfrage bisher weder im Ausschuss noch im Plenum besprechen ließ, ist bezeichnend. Sie ist offenbar nicht bereit, über die notwendigen strukturellen Veränderungen auch nur nachzudenken. Noch Ende Januar erklärte Frau Beilstein hier im Plenum - ich zitiere: „Wir sehen ganz klar: Wir brauchen die Realschule plus.“ Oder auf Merkel-Deutsch: Nun ist diese Schulform halt mal da. Vermutlich will man auch hier den künftigen grünen Koalitionspartner nicht vergraulen. Denn dessen Ziel war und ist die sogenannte Schule für alle, ein ideologisch motiviertes, stets an der Realität gescheitertes Projekt, das die Union über Jahrzehnte hinweg aus guten Gründen bekämpft und häufig auch erfolgreich abgewehrt hat.

Inzwischen jedoch hat die CDU ihren bildungspolitischen Kompass verloren. Anstatt die strukturellen Ursachen der Probleme anzugehen, will sie noch mehr Geld in den Reparaturbetrieb des Bildungssystems pumpen. Die jetzt geforderten zusätzlichen 2,5 Millionen Euro für die Schulsozialarbeit sind nur ein Beispiel dafür.

So ist die AfD die einzige Partei, die sich dem fortschreitenden Verfall unseres einst hervorragenden Bildungssystems wirklich entgegenstellt. Nur mit einer

Strukturreform werden wir wieder eine starke Realschule herstellen, die sich nicht zuletzt unsere mittelständischen Betriebe herbeisehnen. Dazu brauchen wir ein dreigliedriges Schulsystem, so wie es in Bayern seit jeher mit Erfolg praktiziert wird. Nicht umsonst belegt dieses Bundesland in zahlreichen Bildungsstudien den ersten Platz.

Aber wir wollen nicht einfach zurück zur Hauptschule. Wir wollen auf der Basis einer verbindlichen und gleichzeitig überprüfbaren Grundschulempfehlung eine Differenzierung der Realschule plus in eine echte Realschule und eine Handwerks- und Gewerbeschule in enger Kooperation mit Handwerk, Gewerbe und Industrie. Damit würden wir die duale Bildung stärken und einen wichtigen Beitrag zur Behebung des Fachkräftemangels leisten. Und wir würden in weniger heterogenen Klassen mehr individuelle Förderung und mehr Leistung ermöglichen. Denn nur in einem differenzierten Schulsystem kann man den individuellen Begabungen, Fähigkeiten und Interessen der Schüler gerecht werden und nur hier können vordefinierte Leistungsziele auch wirklich erreicht werden. Zu große Unterschiede in den Klassen führen dagegen zu Niveauverlust und Frustration und damit im Endeffekt zu schlechterer Bildung. Und solange eine ausreichende Durchlässigkeit gewährleistet ist, die leistungsfähigen und leistungswilligen Schülern jederzeit die Möglichkeit gibt, nach einem erfolgreichen Bildungsabschluss in das nächsthöhere System aufzusteigen, solange ist auch die notwendige Chancengerechtigkeit gewahrt. Wir sind jedenfalls fest davon überzeugt, dass sowohl unsere Kinder als auch unsere Wirtschaft von einer solchen Differenzierung unseres Schulsystems in erheblichem Maße profitieren würden.

Auch die berufsbildenden Schulen liegen sehr am Herzen. Um hier dem Lehrermangel entgegenzuwirken, haben wir den Personaletat um 1,2 Millionen Euro aufgestockt. Damit sollen 20 neue Stellen finanziert werden. Außerdem haben wir erneut – wie schon vor zwei Jahren – beantragt, eine Zulage für Quereinsteiger-Referendare mit Mangelfächern zu gewähren. Wir wissen, dass das vergleichsweise schlecht bezahlte Referendariat ein großes Hemmnis darstellt, aus der Wirtschaft in den Lehrberuf zu wechseln. Nur einer monatlichen Zulage in Höhe von 600 Euro wollen wir dem begegnen. Damit stärken wir auch die duale Ausbildung insgesamt, die aufgrund der von der Landesregierung vorangetriebenen Überakademisierung massiv unter Druck steht.



Meine Damen und Herren, Heimatbewusstsein und der Schutz unserer Natur und der gewachsenen Kulturlandschaften sind für meine Fraktion Herzensanliegen. Dazu gehört selbstverständlich die Wertschätzung unserer von bäuerlichen Familienbetrieben getragenen Landwirtschaft, die vor dem Hintergrund einer hemmungslosen Globalisierung und ideologisch motivierter links-grüner Klima- und Umweltschutzauflagen ums Überleben kämpft. Wir treten für eine bestmögliche Förderung der rheinland-pfälzischen Dienstleistungszentren Ländlicher Raum ein und wollen die Vermarktung regionaler Produkte durch vereinfachte Verfahren der regionalen Kennzeichnung zu unterstützen.

Außerdem stehen wir für die größtmögliche Förderung des heimischen Weinbaus als eines integralen Bestandteils unserer Landesidentität. Er ist ein wichtiger Wirtschaftszweig und sollte mehr als bisher als zentrales Marketingthema für den Tourismus mit potentiell weltweiter Ausstrahlung genutzt werden.

Auch die Pflege und der Erhalt unseres kulturellen wie geschichtlichen Erbes sind für uns von besonderer Bedeutung. In diesem Sinne wollen wir den Landesverband des Bundes der Vertriebenen institutionell fördern und Mittel für eine Machbarkeitsstudie zur Errichtung eines russlanddeutschen Kulturzentrums bereitstellen. Denn Aussiedler und deutsche Heimatvertriebene machen weiterhin nicht nur zahlenmäßig einen relevanten und wichtigen Teil der Bevölkerung in Rheinland-Pfalz aus. Aber zum Erhalt unserer Kultur gehört auch das Überleben der hier seit vielen Jahrhunderten verwurzelten jüdischen Religion. Um eine ausreichende theologische Betreuung zu ermöglichen, fordern wir eine finanzielle Aufstockung der Staatsleistungen an die jüdische Glaubensgemeinschaft, damit vier weitere Rabbiner eingestellt werden können. Jede Kultusgemeinde in Rheinland-Pfalz hätte dann einen eigenen Seelsorger. Dass auch die Ampelfraktionen in einem eigenen Entschließungsantrag jetzt mehr Landesmittel für die jüdischen Gemeinden in Aussicht stellen, nachdem sie genau diese Forderung von uns bei den letzten Haushaltsberatungen 2018 abgelehnt haben, zeigt wieder einmal: AfD wirkt. Dass es dabei jedoch nur um perspektivische Mittel geht, über die im Rahmen aufzunehmender Verhandlungen gesprochen werden soll, macht gleichzeitig deutlich, wie wenig wichtig der Ampel dieses Thema ist.

Meine Damen und Herren, am Anfang jeder Familiengeschichte steht das Leben. In dem Moment, wo ein Kind das Licht der Welt erblicken darf, beginnt es, unseren Alltag zu verändern und zu bereichern. Dieser kleine Mensch öffnet unsere Augen für eine neue Sicht der Dinge und unser Herz für unvergleichliche Gefühle. Das als Eltern oder Großeltern erleben zu dürfen, ist eines der größten Geschenke überhaupt. Diesem Wunder des Lebens können wir nur staunend und mit Respekt begegnen. Für uns als AfD-Fraktion ist deshalb die Stärkung des grundgesetzlich garantierten Lebensschutzes in Rheinland-Pfalz ein wichtiges Anliegen, das wir hier noch einmal ausdrücklich betonen möchten. Wir wollen gerade bei jungen Menschen das Bewusstsein dafür schärfen, dass jedes Leben zählt. Wir wollen Frauen im Schwangerschaftskonflikt und werdenden Müttern helfen. Wir wollen das Leben schützen und wir wollen keine Steuermittel für Einrichtungen, die diesen Verfassungsauftrag negieren. Eine Abtreibungsklinik mit Haushaltsmitteln zu fördern, ist nicht nur moralisch höchst fragwürdig, sondern verstößt auch gegen Grundgesetz Artikel 2. Dass die Ampelfraktionen dies dennoch unterstützen, war zu erwarten. Fordern doch die Grünen im Entwurf ihres neuen Grundsatzprogramms ebenso wie die Jungsozialisten die völlige Freigabe der Abtreibung bis zur Geburt. Wir reden hier über die Legalisierung der Tötung voll entwickelter und außerhalb des Mutterleibs lebensfähiger Kinder bis wenige Minuten vor Einsetzen der Wehen. Das, meine Damen und Herren, ist barbarisch, das ist ein eklatanter Verstoß gegen die Menschenwürde und das Recht auf Leben, das ist ein offensichtlicher Bruch mit unserer Verfassung und grundlegenden humanistischen Werten. Uns ist es deshalb wichtig, heute hier bei den Haushaltsberatungen ein deutliches Zeichen zu setzen für eine Kultur des Lebens. Und ich fordere Sie auf, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion, sich unserem Antrag, den wir ganz bewusst zur Einzelabstimmung gestellt haben, anzuschließen. Tun Sie dies nicht, dann beweisen Sie damit einmal mehr, dass Sie Ihre christlichen Grundsätze vollständig aufgegeben haben und dass Ihnen die Machtopion mit einem lebensfeindlichen grünen Koalitionspartner inzwischen wichtiger ist als jene Werte, für die Ihre Partei früher einmal stand.

Nicht weniger relevant ist für uns die Frage, unter welchen Bedingungen Kinder in unserer Gesellschaft aufwachsen. Wie kinderfreundlich ist Rheinland-Pfalz wirklich? Welche Unterstützung benötigen Eltern bei der Erziehung? Wie frei sind Familien tatsächlich in ihrer Lebensgestaltung und wieviel gemeinsame Zeit

verbleibt Müttern, Vätern und Kindern noch in einer durchorganisierten und von unterschiedlichsten Ansprüchen dominierten Welt?

Die Antworten der Landesregierung auf diese Fragen sind denkbar schlicht und einfallslos. Ihre Familienpolitik erschöpft sich weitestgehend im Ausbau von Kindertagesstätten und Ganztagschulen. Ein kostenloser Rechtsanspruch auf einen KiTa-Platz ab dem zweiten Lebensjahr und 7-stündige durchgehende Betreuung mit Mittagessen sind Ihre Reaktion auf die demographischen und gesellschaftlichen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Dem Zeitproblem erwerbstätiger Eltern begegnet die Bildungsministerin mit unzureichend personalisierter Ganztagsbetreuung, den Geldsorgen junger Mütter und Väter hält sie ein staatliches Erziehungs-Sparmodell entgegen. Das, meine Damen und Herren, ist keine zukunftsfähige Familienpolitik, sondern ein Verwalten struktureller Gesellschaftsprobleme. Ihnen geht es nicht um die Stärkung von Familien, sondern um deren schrittweise Ersetzung. Sie wollen mehr Staat und weniger Familie und damit zerstören Sie die Grundlage dessen, wovon nicht nur jeder einzelne von uns, sondern auch unser Gemeinwesen lebt.

Wir wollen das genaue Gegenteil. Wir setzen auf eine verantwortungsvolle Politik, die Familien in ihrer Eigenständigkeit unterstützt, damit diese ihr Leben weitestgehend selbstbestimmt und frei von staatlicher Abhängigkeit bestreiten können. Neben besseren Rahmenbedingungen, die mehr Familienzeit ermöglichen, bedarf es insbesondere einer stärkeren, auch finanziellen Anerkennung von Pflege- und Erziehungsleistungen. Denn gerade in dieser Familienarbeit liegt ein unschätzbare Gewinn für unsere Gesellschaft und eine unverzichtbare Entlastung der öffentlichen Haushalte. Darüber hinaus ist es eine Frage der Gerechtigkeit, die hier erbrachte Leistung mehr zu würdigen als bisher. Es kann nicht sein, dass die gleiche Arbeit, für die eine Erzieherin in der KiTa einen angemessenen Lohn erhält, zur unbezahlten Arbeit wird, sobald sie von Müttern oder Vätern erbracht wird. Diese Gerechtigkeitslücke muss dringend geschlossen werden. Und deshalb fordern wir Kompensationszahlungen für alle Eltern, die ihre Kinder im zweiten oder dritten Lebensjahr selbst betreuen. In der Regierungsverantwortung würden wir diese Zahlungen zu einem Landeserziehungsgeld in Höhe von 500 Euro monatlich ausbauen. Damit würden wir nicht nur für größere Gerechtigkeit sorgen, sondern Eltern auch die ökonomische Möglichkeit eröffnen, über das für sie beste Familienmodell frei entscheiden zu können. Das wäre eine echte Alternative zur frühkindlichen Fremdbetreuung für all die vielen Familien, die sich dies wünschen.

Zudem würden so Kitas und Erziehungsfachkräfte spürbar entlastet. Dies käme am Ende der Betreuungsqualität aller Altersgruppen zugute. Denn auch hier besteht dringender Handlungsbedarf. Die Fachkraft-Kind-Relation bleibt in den rheinland-pfälzischen Kitas deutlich hinter wissenschaftlichen Anforderungen zurück. Um die gesunde Entwicklung von Kindern sicher zu stellen, halten Ärzte und Psychologen im Krippenalter einen Betreuungsschlüssel von 1:2,5 und bei über Dreijährigen von 1:7,5 für dringend geboten. Berücksichtigt man die Tatsache, dass etwa 40 Prozent der Arbeitszeit des Kita-Personals nicht im unmittelbaren Kontakt mit den Kindern geschieht, dann sind wir von diesem Mindeststandard in Rheinland-Pfalz weit entfernt. Durch eine Entlastung im U3-Bereich würden Erzieherinnen und Erzieher mehr als bisher in die Lage versetzt, allen Kindern die notwendige Zuwendung zu schenken. Das ist auch deshalb wichtig, weil gerade bei den Kleinsten die sichere Bindung im Vordergrund stehen muss, die nur durch intensiven Kontakt zu wenigen festen Bezugspersonen gelingen kann. Fehlt diese Bindung oder bleibt sie mangelhaft, dann wirkt sich das bis ins Erwachsenenalter hinein negativ aus.

Auch die fortschreitende Ganztagsbetreuung in unseren Schulen sehen wir kritisch. Nach eigener Aussage hat die Landesregierung ihre selbstgesteckten Ziele in diesem Bereich bereits „weit übertroffen“. Doch bei aller Berechtigung eines bedarfsorientierten Angebots darf nicht übersehen werden, dass die permanente Ausweitung der Ganztagsbeschulung erhebliche Nachteile mit sich bringt. Außerschulische musikalische und kulturelle Aktivitäten, das Mitwirken in Sportvereinen, kirchlichen oder anderen Gruppen und nicht zuletzt die Bildung zu Hause werden zwangsläufig reduziert. Immer längere Schulzeiten und die damit einhergehende Verschulung des Lebens engen die Freiräume und damit auch die Freiheit unserer Kinder erheblich ein. Man muss nicht einmal konservativ sein, um diese Entwicklung mit Sorge zu betrachten.

Die zunehmende ideologische Einflussnahme des Staates auf Erziehungs- und Bildungsprozesse fügt sich hier nahtlos ein. Sie setzt heute bereits bei den Kleinsten in der KiTa ein. Das lehnen wir als AfD-Fraktion entschieden ab. Totalitäre Staaten waren immer bemüht, sich der Kinder zu bemächtigen und damit die eigene Ideologie an den Familien vorbei zu verbreiten. In einer freiheitlichen Demokratie verbietet sich so etwas von selbst. Hier ist das grundgesetzlich garantierte Erziehungsrecht von Müttern und Vätern gerade in weltanschaulichen Fragen und in der Wertevermittlung uneingeschränkt zu

respektieren. Und deshalb sagen wir grünen, linken oder sonstigen Ideologen in aller Deutlichkeit: Hände weg von unseren Kindern!

Meine Damen und Herren, in unserem Bundesland gibt es 600.000 Familien, in denen rund 2 Millionen Eltern mit ihren Kindern leben. Diese Familien haben nicht erst in der Corona-Krise bewiesen, dass sie ein unverzichtbarer Rückhalt und zugleich Zukunftsmotor für unsere Gesellschaft sind. Entsprechend hoch sollte auch die Wertschätzung sein, die Staat und die Politik ihnen entgegenbringen. Mit unseren Haushaltsanträgen unterstreichen wir noch einmal, dass „Freiheit und Gerechtigkeit für Familien“ die Kernforderungen der AfD-Fraktion in Rheinland-Pfalz sind und bleiben.

Meine Damen und Herren, in Rheinland-Pfalz lebten zum Jahreswechsel rund 83.000 Asylmigranten. Das sind 4-mal so viele, wie noch vor 8 Jahren. Natürlich ist es richtig, politisch Verfolgten und Kriegsflüchtlingen Schutz auf Zeit zu gewähren. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass die Mehrzahl der Asylbegehrenden nicht schutzberechtigt ist, dass fast alle Asylzuwanderer nach dem Willen der Landesregierung dauerhaft bleiben werden und dass damit enorme Langzeitkosten für die öffentlichen Haushalte verbunden sind. Diese Fakten dürfen wir den rheinland-pfälzischen Steuerzahlern nicht verschweigen.

Zählt man einmal – unabhängig von den Zuständigkeiten – die quantifizierbaren Ausgaben im Kontext der Asylumigration zusammen, dann ergibt sich allein für das Jahr 2019 die unglaubliche Summe von 920 Mio. Euro. Und das betrifft ausschließlich Rheinland-Pfalz! Rund die Hälfte dieser Kosten trägt das Land – unter anderem für die Erstaufnahme und Versorgung von Asylsuchenden, für Verwaltungs- und Integrationsleistungen und für den KiTa-Besuch und die Beschulung der Kinder. Um es noch einmal ganz klar zu sagen: Das sind alles Leistungen, die unsere Bürger damit bezahlen, dass sie jeden Morgen aufstehen, zur Arbeit gehen und die Steuern erwirtschaften, die hier ausgegeben werden.

Bei aller Sensibilität des Themas ist es deshalb die selbstverständliche Pflicht einer verantwortungsbewussten Politik, Einsparpotenziale zu erkennen und zu nutzen. Leider sind weder die Landesregierung noch die Ampel-Parteien oder die Merkel-CDU bereit, ihre ideologischen Scheuklappen abzunehmen und dies im Sinne unserer Bürger zu tun.

Wie etwa erklärt die Integrationsministerin den Steuerzahlern, dass das Land eigene Sprach- und Integrationskurse für ausreisepflichtige Asylmigranten finanziert, die eigentlich abgeschoben werden müssten? Wie erklärt sie die

massiven Ungereimtheiten bei den UMA-Abrechnungen der Jugendämter, die der Rechnungshof bereits mehrfach gerügt hat? Und wie erklärt sie den Steuerzahlern, dass seit Jahren immer weniger Flüchtlinge einreisen, die Ausgaben für den Betrieb der Erstaufnahmeeinrichtungen und die Versorgung der Asylbegehrenden aber kontinuierlich steigen?

Während wir dem Integrationsministerium seit langem eine mangelnde Abschiebebereitschaft und rechtlich fragwürdige Verfahrensweisen ankreiden müssen, ist die geplante Kostenexplosion im Flüchtlings-Aufnahmebereich umso paradoxer. Allein für die Verwaltung der Ausländerämter will die Landesregierung künftig mehr als das Doppelte ausgeben, nicht etwa, weil die Asylzahlen steigen würden, sondern weil das sogenannte „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“ zu höheren Belegungszahlen und Aufgabenlasten in den AfA führe.

Aber, meine Damen und Herren, genau das Gegenteil sollte der Fall sein. Ziel dieses Gesetzes ist es doch, Ausreisepflichtige einfacher, zuverlässiger und somit auch konsequenter abzuschicken. Der entscheidende Faktor, ob dies gelingt oder scheitert, sind nicht irgendwelche rechtlichen Abschiebehindernisse oder Duldungsgründe, an die sich das Integrationsministerium gerne klammert, sondern einzig der politische Wille, diese Hindernisse zu beseitigen. Und das sind Sie auch unseren Steuerzahlern schuldig!

Für uns ergibt sich jedenfalls allein im Einzelplan des Integrationsministeriums ein Einsparvolumen von 54 Millionen Euro. 54 Millionen Euro, die unsere Bürger gerade in dieser Corona-Krise dringend benötigen würden.

Meine Damen und Herren, das Internet der Dinge, die Kommunikation zwischen Maschinen und intelligente Produktionsstätten: das alles ist Teil der vierten industriellen Revolution. So wie Mechanisierung, Massenproduktion und die Einführung von Computern in der Vergangenheit unsere Lebens- und Arbeitswelt nachhaltig verändert haben, so wird dies nun auch die umfassende Digitalisierung tun.

Es ist uns ein besonderes Anliegen, diese Entwicklung voranzutreiben und mitzugestalten. Die Landesregierung hingegen scheint sich ihrer Verantwortung in dieser Sache nicht bewusst zu sein. Denn noch immer gibt es in Rheinland-Pfalz Haushalte, die nicht einmal auf Bandbreiten von 50 Mbits zurückgreifen können. Und selbst das ist heute kein schnelles Internet mehr. In anderen Ländern sind Leitungen mit der 10- oder sogar 20-fachen Übertragungskapazität längst Normalität. Daher muss Gigabit zukünftig auch in Rheinland-Pfalz der

Standard sein. Das allerdings geht nur mit einem konsequenten Glasfaser-Ausbau. Nur wer einen Glasfaseranschluss hat, der kann von einem stabilen Gigabit-Netz profitieren. Aus diesem Grund erneuern wir unsere Forderung nach Glasfasergutscheinen.

Zudem schlagen wir den Aufbau einer Digitalagentur vor. Diese soll künftig Akteure aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung vernetzen und Unternehmen, Kommunen und der Landesregierung beratend zur Seite stehen. Ziel ist es, alle Projekte aus dem Bereich der Digitalisierung und des Netzausbaus zu koordinieren, Fachpersonal auszubilden und den digitalen Wandel aktiv zu gestalten. Während im aktuellen Haushalt nahezu jedes Ministerium über einen eigenen Etat zur Digitalisierung verfügt, den es selbstständig verwaltet, gäbe es in Zukunft nur noch ein Digitalisierungsbudget, das ausschließlich der Digitalagentur zur Verfügung stünde. So könnte durch eine Digitalisierung „aus einem Guss“ das Budget effizienter genutzt und auf Probleme und Herausforderungen schneller reagiert werden.

Und das ist mehr als notwendig. Denn wenn wir jetzt nicht entschieden handeln, dann setzen wir die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Rheinland-Pfalz und damit auch unseren Wohlstand aufs Spiel.

Doch anstatt die Bekämpfung solcher Gefahren zur Chefsache zu machen, kümmert sich Frau Dreyer lieber um das zentrale Problem unseres Landes: um die Erhöhung des Rundfunkbeitrags und um noch mehr Geld für die Öffentlich-Rechtlichen. Dass dieses Geld erst einmal nicht fließe, sei ein „schwarzer Tag für die Mediengeschichte in Deutschland“ und kritische Stimmen seien „Wasser auf die Mühlen der Gegner der Demokratie“, so die Ministerpräsidentin. Dabei waren es demokratische Entscheidungen in einem demokratisch beschlossenen Prozess, die dazu geführt haben, dass der satte Zuschlag für einen ohnehin fürstlich alimentierten Rundfunkbetrieb vorerst zurückgestellt wird. Ich sage Ihnen, Frau Dreyer, wenn Sie die Gewissensentscheidung frei gewählter Abgeordneter in Frage stellen und die demokratisch legitimierte Mehrheit in einem Landesparlament missachten, nur weil diese nicht zu ihren eigenen Vorstellungen passt, dann zeigen Sie genau jene Demokratieverachtung, die gerade Sie immer wieder anderen vorwerfen. Und noch etwas: Die Vorgänge in Magdeburg haben das Märchen von der „Staatsferne“ des Öffentlich-Rechtlichen-Rundfunks eindrucksvoll widerlegt. Denn nahezu die gesamte politische Elite hat sich dafür in die Bresche geworfen, den Staatsvertrag

durchzuwinken. 86 CT-Zwangsgebühren wurden zu einer Frage um Sein oder Nichtsein der Demokratie gemacht. Ein Schelm, der Böses dabei denkt!

Meine Damen und Herren, das Jahr 2020 hat uns in wirtschaftlicher Hinsicht eine Achterbahnfahrt beschert. Nach dem plötzlichen und heftigen Einbruch im Frühjahr, der historisch einmalig war, kam es zwar zu einer Erholung der Wirtschaftsleistung während der nachfolgenden „Lockerungen“. Aber von einem Bilderbuchaufschwung zu fabulieren, wie es jetzt Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier tut, ist angesichts der verzweifelten Situation vieler Selbstständiger und Mittelständler, der immer noch nicht ausgezahlten Novemberhilfen und eines in der umsatzstärksten Zeit des Jahres kaltgestellten Einzelhandels geradezu zynisch. Und auch die Zahlen sprechen eine andere Sprache: So erwartet die OECD, dass unser Bruttoinlandsprodukt im 4. Quartal wieder schrumpft und Deutschland auch 2021 stärker als erwartet von der Coronakrise getroffen sein wird. Der Zeitpunkt, an dem wir das Vorkrisenniveau wieder erreicht haben werden, verschiebt sich immer weiter nach hinten.

Kleine und mittelständische Betriebe bilden das Rückgrat unserer Wirtschaft. Sie erzielen mehr als die Hälfte der Umsätze in Rheinland-Pfalz und sie stellen die Masse der Arbeits- und Ausbildungsplätze. Doch gerade diese Betriebe werden durch bürokratische Vorgaben behindert und sie spüren den Fachkräftemangel am stärksten. Viele von ihnen werden zudem direkt oder indirekt durch die wiederholt angeordneten Schließungen im Rahmen der Coronabekämpfung an den Rand ihrer Existenz gebracht. Schon im Sommer warnten die Unternehmen in einem Brandbrief davor, es drohe ein Kahlschlag der unser mittelständisch geprägtes Land dauerhaft verändern würde. Und jetzt stehen neue harte Maßnahmen bevor.

Wir wollen kleine und mittlere Unternehmen durch den Abbau bürokratischer Hemmnisse und eine unternehmerfreundliche Verwaltung mit kurzen Wegen unterstützen. Auch ausufernden Ausschreibungsbedingungen muss gegengesteuert werden. Um den Fachkräftemangel im Mittelstand zu bekämpfen, wollen wir den Aufstiegsbonus so ausweiten, dass sich eine vollständig kostenfreie Meisterausbildung und Aufstiegsfortbildung ergibt. Zudem fordern wir, im kommenden Jahr mit Hilfe von Stipendien in eine Gründerförderung einzusteigen. Diese Stipendien sollen für die besten Gründer eines jeden Landkreises und jeweils für zwei Jahre vergeben werden. Sie sind das



geeignete Mittel, um eine Gründerkultur flächendeckend auch über wenige Start-up-Zentren hinaus in Rheinland-Pfalz zu etablieren.

Meine Damen und Herren, die AfD möchte einen bezahlbaren und attraktiven ÖPNV als vom Land mitfinanzierte Pflichtaufgabe der Kommunen. Aber wir stehen auch für die Zukunft des Individualverkehrs und damit gegen grüne Phantasien von einer autofreien Welt. Rheinland-Pfalz ist und bleibt ein Autoland. Selbst mit einem optimierten ÖPNV werden unsere Pendler und die Bewohner des ländlichen Raums auf das Auto angewiesen bleiben. Zudem ist individuelle Mobilität ein wesentlicher Teil der Freiheit unserer Bürger, auf den wir keinesfalls verzichten wollen. Autofahren muss deshalb erschwinglich bleiben und darf nicht diskriminiert oder moralisch verurteilt werden. Wir setzen uns entschieden gegen Diesel-Fahrverbote und für eine technologieoffene Weiterentwicklung aller Antriebstechnologien ein. Eine einseitige Fokussierung auf die Elektromobilität, die Arbeitsplätze auch in Rheinland-Pfalz gefährdet, aber unter den aktuellen Rahmenbedingungen eine bezahlbare und sichere Mobilität nicht gewährleisten kann, lehnen wir ab.

Die Straßenausbaubeiträge wollen wir vollständig abschaffen. Sie sind ungerecht und ineffizient, verursachen durch Rechtsstreitigkeiten hohe Kosten für die Verwaltung und stellen eine unangemessene Belastung für Anwohner und Kommunen dar. Auch wiederkehrende Straßenausbaubeiträge lösen diese Probleme nicht.

Im Bereich Verkehr wollen wir die Investitionsmittel im Landeshaushalt erhöhen. Obwohl 71% der Rheinland-Pfälzer laut einer Umfrage mit dem Zustand der Straßen und Brücken im Lande unzufrieden sind, stellt die Landesregierung hier die Signale auf Stopp. Das muss umgehend geändert werden. Die Mittel für den Straßenbau sind schrittweise und dauerhaft zu erhöhen. Für das Jahr 2021 fordern wir einen klaren Schritt nach vorne und eine deutliche Steigerung um 20 Millionen Euro für das Landesstraßenbauprogramm. Auch bei den kommunalen Straßen besteht dringender Handlungsbedarf. Sie befinden sich noch mehr als die Landesstraßen in einem desolaten Zustand. Der Sanierungsstau für kurzfristig erforderliche Erhaltungsmaßnahmen beträgt in den kreisfreien Städten 915 Millionen und in den verbandsfreien Gemeinden 175 Millionen Euro. Um ihn abzubauen, benötigen wir nicht nur mehr Geld, sondern auch eine regelmäßige Zustandserfassung und –bewertung des Straßennetzes und mehr baufachlich qualifiziertes Personal, damit die zur Verfügung stehenden Landesmittel auch

abgerufen werden können. Außerdem möchten wir das Instrument der Projektzuweisungen durch eine unbürokratische Pauschale für den kommunalen Straßenbau ergänzen, ähnlich wie dies bei den Kreisstraßen bereits geschieht.

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir am Ende meiner Rede noch einige Anmerkungen zur aktuellen Corona-Politik der Landesregierung und zur Regierungserklärung der Ministerpräsidentin. Der im November verfügte Wellenbrecher-Lockdown, der eigentlich dazu führen sollte, dass wir ein halbwegs normales Weihnachtsfest feiern können, ist weitgehend erfolglos geblieben. Durch die in der Verfassung nicht vorgesehene Nebenregierung aus Kanzlerin und Ministerpräsidenten wurde er jetzt bis Mitte Januar verlängert und deutlich verschärft. Das rheinland-pfälzische Kabinett hat am Sonntag beschlossen, diese Maßnahmen zu übernehmen und auch die geplanten Lockerungen an Weihnachten und Silvester zu revidieren. Mit einem harten Lockdown will man die Pandemie zurückdrängen, obwohl die Erfahrungen anderer Länder deutlich zeigen, wie fragwürdig und wenig nachhaltig die Erfolgsaussichten eines solches Vorhabens sind.

Sicher ist dabei nur eines: Unsere Wirtschaft wird ein weiteres Mal auf das Schwerste beschädigt, das kulturelle und soziale Leben wird abermals für viele Wochen heruntergefahren, zahlreiche Freiheitsrechte bleiben dauerhaft eingeschränkt. Die Bildung unserer Kinder wird noch mehr beeinträchtigt, auch weil die Landesregierung es seit März nicht geschafft hat, einen vernünftigen Fernunterricht zu organisieren. Der Einzelhandel wird zugunsten ausländischer Internetkonzerne zerstört, unseren ohnehin schon angeschlagenen Innenstädten droht der endgültige Kollaps. Gleichzeitig werden Kritiker dieser Politik zu Rechtsextremisten erklärt und Spitzenpolitiker der CDU fordern unverblümt ein autoritäres Eingreifen des Staates.

Die Ministerpräsidentin redet von Zusammenhalt, sorgt jedoch mit ihren Maßnahmen dafür, dass lebenswichtige soziale Beziehungen immer weniger möglich sind. Das schadet nicht nur den 3 Millionen psychisch kranken Menschen in Deutschland sehr. Vereinsamung und Depressionen werden die unvermeidliche Folge sein. Selbst Kinder und Jugendliche leiden vermehrt unter psychischen und psychosomatischen Auffälligkeiten, wie eine aktuelle Studie der Universitätsklinik Hamburg-Eppendorf zeigt. Keine Treffen mit Freunden mehr, kein Besuch im Fitnessstudio, kein Sport im Verein und demnächst auch keine Schule mehr. Vor allem Kinder aus sozial schwächeren Familien trifft das hart.

Darüber wird wenig geredet, aber auch diese Kollateralschäden gehören zur Wahrheit eines Lockdown. Und wenn die Kanzlerin jetzt davor warnt, ohne Kontaktbeschränkungen könne es das letzte Weihnachten mit den Großeltern werden, dann ignoriert sie in dem ihr eigenen eindimensionalen Denken, dass sie gerade damit vielen alten Menschen das möglicherweise letzte Weihnachtsfest im Kreis ihrer Familie raubt.

Selbst am höchsten christlichen Feiertag des Jahres das Zusammentreffen einer Familie auf wenige Personen zu begrenzen, ist ein ungeheuerlicher Eingriff des Staates in die Grundrechte und die Privatsphäre unserer Bürger, den man nur empört zurückweisen kann. Die Regierenden behandeln uns wie unmündige Kinder, die unfähig sind, ihre eigenen Angehörigen durch entsprechende Vorsichtsmaßnahmen zu schützen. Und ich frage Sie erneut, Herr Dr. Wissing, wie Sie als oberster rheinland-pfälzischer Repräsentant einer angeblich freiheitlichen Partei einer solchen Politik auch noch zustimmen können anstatt sich dem hier in Mainz entschieden zu widersetzen? Freiheitsverlust first, Bedenken second. Mir kommen da die Worte in den Sinn, die Ihre Fraktionsvorsitzende schon so oft an dieser Stelle gesagt hat: Schämen Sie sich, Herr Dr. Wissing, schämen Sie sich liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP. Und verzichten Sie in Zukunft besser darauf, sich hier als freiheitliche Partei zu inszenieren.

Wir als AfD-Fraktion halten die neuen Maßnahmen von Landes- und Bundesregierung für unverhältnismäßig, in Teilen für nicht zielführend und daher für falsch. In Übereinstimmung mit einer zunehmenden Anzahl von Medizinern und Wissenschaftlern fordern wir nach wie vor einen Strategiewechsel: Weg von dem gescheiterten Versuch, die weitere Ausbreitung des Virus möglichst vollständig zu verhindern, hin zu einem besseren Schutz derjenigen Menschen, die in besonderer Weise von diesem Virus bedroht sind. Fast 90 Prozent aller Corona-Toten sind über 70 Jahre alt. Viele von ihnen leben in Alten- und Pflegeheimen oder vergleichbaren Einrichtungen. Wenn es uns gelingt, diese Menschen effektiv zu schützen, dann wird sich die Zahl der schweren Erkrankungen und Todesfälle drastisch verringern – und zwar ohne, dass das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben gravierend eingeschränkt wird. Ich frage Sie, Frau Ministerpräsidentin: Warum hat es die Landesregierung in mehr als einem halben Jahr nicht geschafft, dafür zu sorgen, dass jeder Besucher und jeder Mitarbeiter beim Betreten einer Pflegeeinrichtung konsequent getestet wird, so wie wir es schon im Oktober in der Enquete-

Kommission gefordert haben? Warum stehen bis heute keine FFP2-Masken in ausreichender Zahl für diese Personen zur Verfügung? Warum haben Sie nicht Taxigutscheine für alte und vorerkrankte Menschen ausgegeben, damit sie ohne Gefahr die notwendigen Erledigungen im Alltag machen können, so wie das die Stadt Tübingen erfolgreich praktiziert? Warum haben sie sich nicht dafür eingesetzt, dass es eigene Öffnungszeiten im Einzelhandel für diejenigen gibt, die ein besonderes Risiko tragen? Und warum haben Sie die Kapazitäten unserer Intensivstationen in den letzten Monaten nicht massiv ausgebaut, um eine Überlastung durch Corona-Patienten zu verhindern? Sie haben all das grob fahrlässig versäumt. Sie haben damit die Gesundheit unzähliger Bürger aufs Spiel gesetzt, Sie haben gerade unsere alten, kranken und pflegebedürftigen Menschen gefährdet und Sie tragen dadurch eine Mitverantwortung für die hohe Zahl an Schwerkranken und Verstorbenen.

Jetzt fangen Sie an, sich um dieses Thema zu kümmern. Aber viel zu spät. Und deshalb bekämpfen Sie die vermeidbaren Folgen ihres Versagens mit einem vermeintlich alternativlosen Lockdown, der unsere ganze Gesellschaft und insbesondere unsere Wirtschaft erneut auf das Schwerste trifft. Sie verursachen hier irreparable Schäden, treiben viele Betriebe in den Ruin, stürzen unzählige Menschen in große finanzielle Not und laden den kommenden Generationen eine riesige Schuldenlast auf. Auch das nenne ich eine verantwortungslose Politik, meine Damen und Herren.

Ein zweites kommt hinzu: Wieder einmal wurde der Landtag nicht in die Entscheidungen der Landesregierung eingebunden. Nicht ein einziges Mal haben wir als gewählte Abgeordnete und Volksvertreter über die in erheblicher Weise freiheitsbeschränkenden Maßnahmen abgestimmt. Frau Dreyer selbst hat letzte Woche im ZDF von „enormen Grundrechtseinschränkungen“ gesprochen. Doch das Parlament wurde darüber lediglich informiert. Das meine Damen und Herren, das ist nicht nur eine demokratische Zumutung, um es mit den Worten der Kanzlerin zu sagen, das ist ein verfassungsrechtlicher Skandal. Kenntnisnahme statt Entscheidungskompetenz, Information des Parlaments statt freier und offener Diskussion, Demokratiesimulation statt Demokratie. Hier wird die Legislative zu einem Gremium degradiert, das nicht einmal mehr abnicken darf, was die Regierung hinter verschlossenen Türen entschieden hat. Damit aber beschädigen wir in fundamentaler Art und Weise unsere demokratische Ordnung. Und deshalb erneuere ich hier noch einmal unsere

bereits mehrfach erhobene Forderung, dem Parlament auch und gerade in dieser Krise seine ihm zustehenden Rechte wieder zurückzugeben.

Meine Damen und Herren, wir als AfD wollen unsere Heimat bewahren und die Zukunft verantwortungsbewusst gestalten. Mit dem vorliegenden Haushalt ist dieses Ziel nicht zu erreichen. Er gibt die falschen Antworten auf die Fragen unserer Zeit. Er verschiebt vorhandene Probleme auf morgen, anstatt sie heute zu lösen, und er schafft neue Probleme, unter denen noch unsere Kinder und Enkel leiden werden. Unsere Verantwortung gegenüber den heutigen und künftigen Bürgern dieses Landes erlaubt es uns nicht, einer solchen Politik zuzustimmen. Die AfD-Fraktion lehnt die Haushaltsvorlage der Landesregierung ab.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!